



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen

## VERGABEUNTERLAGEN

2020001086052

200l-Fass mit verschraubtem Deckel

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung

### AUFTRAGGEBER

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH  
Latzower Straße 1, 17509 Rubenow , Deutschland

---

04.12.2020

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Allgemeine_Einkaufsbedingungen_Stand_2020_12.....	3
Datenschutzhinweise .....	6
Hinweise zum Vergabeverfahren .....	8
Produkte/Leistungen .....	10
Kriterienkatalog .....	13
Anlagen .....	16

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2020001086052
Maßnahme	Offenes Verfahren
Auftragsbezeichnung	200l-Fass mit verschraubtem Deckel
Auftragsbeschreibung	1.200 Stück 200l-Fass mit verschraubtem Deckel

### VERFAHREN

Auftraggeber	EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	16831 Rheinsberg
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>44613700-7</td><td>Abfallsammelbehälter</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	44613700-7	Abfallsammelbehälter
Code	Bezeichnung				
44613700-7	Abfallsammelbehälter				

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Ja
Skonto Zahlungsziel	14 Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="https://portal.deutsche-evergabe.de">https://portal.deutsche-evergabe.de</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
Auf-/Abgebotsverfahren	Standard

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	04.12.2020
Vorinformation	

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	04.01.2021 23:59
--------------------	------------------

Eröffnungstermin (nur VOB)	
Angebotsfrist	11.01.2021 10:00:00
Bindefrist	12.02.2021
Versand Vorabinformation	22.01.2021

## AUFTRAGSDAUER

Beginn  
Ende  
Anmerkungen

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter  
<https://portal.deutsche-evergabe.de>  
mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen.  
Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 04.01.2021 23:59 Uhr eingegangen sein.  
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.  
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.  
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://portal.deutsche-evergabe.de>  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

## Allgemeine Einkaufsbedingungen der EWN GmbH - Stand Januar 2015

### 1. Allgemeines

- 1.1. Die nachfolgenden Einkaufsbedingungen gelten für alle Einkaufsvorgänge, auch für Folgebestellungen, der EWN GmbH (nachfolgend AG genannt). Die Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich gegenüber Unternehmen sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.
- 1.2. Der AG ist als Zuwendungsempfänger des Bundes verpflichtet, die Bestimmungen des Vergaberechts und des öffentlichen Preisrechts anzuwenden.

### 2. Bestellungen/Verträge

- 2.1. Der Auftragnehmer (nachfolgend AN genannt) hat die Bestellung/den Vertrag innerhalb von 2 Wochen nach Eingang schriftlich zu bestätigen. Nach Ablauf der Frist ist der AG berechtigt, die Bestellung/den Vertrag zurück zu nehmen, ohne dass dem AG daraus Kosten in Rechnung gestellt werden können. Das gilt nicht, wenn die Lieferung bzw. Leistung bereits erbracht wurde.
- 2.2. Nur schriftlich erteilte Bestellungen/Verträge sind rechtsverbindlich. Mündlich oder telefonisch erteilte Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der nachträglichen schriftlichen Bestätigung. Das Gleiche gilt für mündliche Nebenabreden, Änderungen und Erweiterungen des Vertrages.
- 2.3. Bestellungen/Verträge dürfen nicht ohne schriftliche Zustimmung des AG an Dritte weitergegeben werden. Widrigenfalls ist der AG berechtigt, ganz oder teilweise von der Bestellung/dem Vertrag zurückzutreten bzw. Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Dies gilt nicht, wenn der AN als Händler auftritt.
- 2.4. Der Schriftwechsel ist mit der Abteilung Einkauf zu führen. Absprachen mit anderen Abteilungen bedürfen, sofern dabei Vereinbarungen getroffen werden sollen, die in der Bestellung/in dem Vertrag festgelegte Punkte verändern, der ausdrücklichen schriftlichen Bestätigung durch die Abteilung Einkauf in Form eines Nachtrags/einer Vertragsanpassung zur Bestellung/zum Vertrag.

### 3. Preise, Zahlungsbedingungen, Rechnungslegung

- 3.1. Der AG ist verpflichtet, die Verordnung VO PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen für die Vereinbarung der Preise zugrunde zu legen. Das Zustandekommen des Preises hat der AN den für die Preisbildung und Preisüberwachung zuständigen Behörden auf Verlangen nachzuweisen.
- 3.2. Die in der Bestellung/dem Vertrag angegebenen Preise gelten als fest vereinbart und decken den beauftragten Liefer-/Leistungsumfang vollinhaltlich ab.
- 3.3. Nebenleistungen sowie Planungs- und Konstruktionsaufwand sind mit dem Bestell-/ Vertragspreis abgegolten, wenn dies nicht ausdrücklich schriftlich anders vereinbart wurde.
- 3.4. Rechnungen sind in 2-facher Ausfertigung unter Angabe der Bestellnummer des AG und der geforderten Angaben lt. § 14 UStG einzureichen. Rechnungszweitschriften sind als Duplikat zu kennzeichnen. Rechnungen mit fehlenden Angaben

werden nicht anerkannt und dem AN zurückgesandt. Sie gelten als nicht fällig.

- 3.5. Die Zahlung erfolgt auf dem handelsüblichen Weg. Die Zahlungsfrist beginnt nach Lieferung/Leistung und ordnungsgemäßem Rechnungseingang. Zahlung erfolgt, falls nicht anders vereinbart, innerhalb von 30 Tagen netto. Soweit der AN Dokumentationen zur Verfügung zu stellen hat, setzt die Vollständigkeit der Lieferung und Leistung den Eingang dieser Unterlagen voraus, bei Mängeln behält sich der AG einen Preiseinbehalt vor. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Lieferung oder Leistung als vertragsgemäß. Werden durch den AG Rechnungsbeträge gekürzt, gilt der Einbehalt als anerkannt, wenn nicht innerhalb von 4 Wochen schriftlich dagegen Widerspruch erhoben wird.
- 3.6. Vereinbarte An- und Teilzahlungen werden nur aufgrund entsprechender Rechnungen geleistet.
- 3.7. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem AG im gesetzlichen Umfang zu.
- 3.8. Der AN darf Forderungen gegen den AG nur mit dessen vorheriger Zustimmung abtreten. Der AG wird die Zustimmung nicht unbillig verweigern.

### 4. Liefer- u. Leistungstermine, Lieferverzug, höhere Gewalt

- 4.1. Die vereinbarten Termine sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefer-/ Leistungstermins oder der Liefer-/Leistungsfrist ist der Eingang der Ware bzw. die Leistungserbringung bei der vom AG genannten Empfangs-bzw. Verwendungsstelle oder die Rechtzeitigkeit der erfolgreichen Abnahme.
- 4.2. Der AG ist unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, sobald für den AN erkennbar ist, dass die vereinbarte Lieferung bzw. Leistung nur verzögert erbracht werden kann. Wird dies erkennbar, hat der AN alle erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, um die Einhaltung von Einzelfristen, Zwischen- und Endtermin sicherzustellen. Hierzu gehören auch Maßnahmen gegen Witterungseinflüsse einschließlich Frost und Schnee.
- 4.3. Im Falle des Liefer- bzw. Leistungsverzuges ist der AG berechtigt, Schadenersatz nach den gesetzlichen Bestimmungen geltend zu machen. Der AN hat dabei jedoch das Recht, dem AG den Nachweis eines geringeren Schadens zu erbringen. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Ansprüche bleiben vorbehalten.
- 4.4. Höhere Gewalt und Arbeitskämpfe befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

### 5. Lieferung und Versand

- 5.1. Jeder Lieferung sind Versandpapiere mit Angabe der Bestellnummer und des Inhaltes beizufügen. Geforderte Zertifikate sind zeitgleich zu übergeben. Bei fehlenden Angaben in den Lieferpapieren bzw. fehlenden Zertifikaten lagert die Ware bis zur Übergabe der Papiere bzw. der vollständigen Angaben auf Kosten und Gefahren des AN. Bei fehlender Bestellnummer

- wird die Abnahme der Ware verweigert und zu Lasten des AN zurückgesandt.
- 5.2. Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder von Verschlechterungen geht bei Lieferungen mit dem Eingang bei der vom AG angegebenen Versandanschrift auf den AG über. Bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage oder bei Leistungen geht die Gefahr mit der Abnahme auf den AG über.
- 5.3. Erfüllungsort für Lieferungen ist die angegebene Versandanschrift. Für Lieferungen mit Aufstellung und Montage sowie bei der Erbringung von Leistungen ist der Erfüllungsort die Verwendungsstelle.
- 6. Gewährleistungen/Qualitätssicherung**
- 6.1. Der AN gewährleistet die Erbringung bzw. Ausführung seiner Lieferungen und Leistungen gemäß der vereinbarten Spezifikation fachgerecht und unter Verwendung bestgeeigneter Materialien entsprechend dem Stand der Technik bei Bestellung/Vertragsabschluss. Er sichert zu, dass die Lieferung und Leistung frei von Sach- und Rechtsmängeln im Sinne der §§ 434 und 435 BGB ist. Der AN steht dafür ein, dass die Lieferung und Leistung den gesetzlichen und behördlichen Sicherheitsbestimmungen und Umweltschutzvorschriften sowie den Vorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft entsprechen. Hat der AN Bedenken gegen die gewünschte Art der Ausführung, so hat er dies dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 6.2. Der AG wird dem AN offene Mängel der Lieferung/Leistung unverzüglich schriftlich anzeigen, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden, spätestens jedoch innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang der Lieferung beim AG.
- 6.3. Die Rechte des AG bei Mängeln richten sich nach §§ 437 und 634 BGB.
- Weiterhin stehen dem AG die gesetzlichen Schadenersatzansprüche ungekürzt und unbeschränkt zu. Sofern in der Bestellung/dem Vertrag nichts anderes gesagt ist, verjähren die Gewährleistungsansprüche gemäß §§ 438 bzw. 634a BGB.
- 6.4. In den Bestellungen/Verträgen kann entsprechend der Bedeutung für das Unternehmen ein Gewährleistungseinbehalt vereinbart werden.
- 6.5. Bei Gefahr im Verzug oder anderen dringenden Fällen ist der AG berechtigt, auf Kosten des AN den Mangel zu beheben bzw. durch Dritte beheben zu lassen. Der AG informiert den AN darüber unverzüglich.
- 6.6. Zur Sicherstellung der Qualität der Lieferungen und Leistungen des AN ist der AG auf seine Kosten berechtigt, während der Betriebszeit des AN Kontrollen durchzuführen. Das Ergebnis ist vom Qualitätssicherungsprüfer des AG zu protokollieren und dem AN zu übergeben. Werden Mängel, die eine Beeinträchtigung der Qualität bewirken, festgestellt, hat der AN diese innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zu beheben bzw. abzustellen. Kommt der AN dieser Aufforderung zur Mängelbeseitigung nicht nach, stehen dem AG die Rechte gemäß 6.3. zu.
- 7. Geheimhaltung/Schutzrechte**
- 7.1. Der AN ist verpflichtet, alle im Zusammenhang mit der Ausführung seiner Leistungen erlangten Kenntnisse und Unterlagen gegenüber Dritten vertraulich zu behandeln.
- 7.2. Der AN haftet dafür, dass mit der Lieferung oder Leistung keine Rechte Dritter verletzt werden. Wird der AG von Dritten wegen Verletzung von Rechten Dritter in Anspruch genommen, so ist der AN verpflichtet, den AG auf erstes Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Der AG ist nicht berechtigt, mit dem Dritten irgendwelche Vereinbarung (insbesondere Vergleiche) ohne Zustimmung des AN zu treffen. Die Freistellungsverpflichtung bezieht sich auch auf alle Aufwendungen, die dem AG aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendig erwachsen.
- 7.3. Verfügt der AN über gewerbliche Schutzrechte an bestellten Lieferungen oder Leistungen oder Teilen davon, ist er verpflichtet, diese dem AG unter Angabe der Schutzrechtsnummer mitzuteilen.
- 7.4. Vom AG übergebene Unternehmensunterlagen, Konstruktionszeichnungen u. ä. verbleiben im Eigentum des AG und sind stets streng vertraulich zu behandeln. Sie dürfen Dritten ohne Zustimmung des AG nicht zugänglich gemacht werden. Bei Verletzung dieser Pflichten haftet der AN gegenüber dem AG im vollen Umfang nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 8. Haftung/Sicherheiten**
- 8.1. Die Haftung des AN richtet sich ausschließlich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit in der Bestellung/in dem Vertrag nicht anders geregelt. Der AN verpflichtet sich, den AG gegenüber etwaigen Ansprüchen Dritter klaglos zu stellen.
- 8.2. Die Haftung des AG sowie seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ist ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde; dies gilt nicht bei Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d.h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung der Bestellung/des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).
- Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden. In diesen Fällen ist eine Haftung für Vermögensschäden ausgeschlossen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereiches der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.
- Als Erfüllungs- bzw. Gewährleistungsbürgschaft werden vom AG ausschließlich unbefristete, unwiderrufliche, selbstschuldnerische Bürgschaften als Netto- Bürgschaften unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB eines europäischen als Zoll- und Steuerbürgen zugelassenen Kreditinstitutes akzeptiert.
- Eigentumsvorbehalt**
- Sofern der AG dem Lieferanten Teile beistellt, behält er sich hieran das Eigentum vor.
- Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auch auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung der beigestellten Teile entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei diese Vorgänge für den AG erfolgen, so dass dieser als Hersteller gilt. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwirbt der AG Miteigentum im Verhältnis der objektiven Werte dieser Waren.
- Antikorruptionsklausel**
- 10.1. Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
  - b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragte Dritte, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
  - c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter §§ 299, 333, 334 StGB, 17, 18 UWG fallen.
- 10.2. Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gern. Nummer 10.1 a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadenersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- 10.3. Bei nachgewiesenen Handlungen gern. Nummer 10.1. b oder 10.1. c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.
- 10.4. Die Ziffern 10.1. b und 10.3. finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 08. November 2004“<sup>1</sup> handelt.
- 10.5. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- 11. Sonstiges**
- 11.1. Aus dem Vertragsverhältnis erhaltene Daten werden beim AG gespeichert und für interne Zwecke gem. Bundesdatenschutzgesetzes behandelt.
- 11.2. Die Bestellung sowie in Realisierung befindliche oder ausgeführte Projekte des AG dürfen nicht für Werbezwecke genutzt werden. Fotografieren auf dem Gelände des AG sowie jegliche Veröffentlichung bedarf der Einwilligung des AG.
- 11.3. Sollten einzelne Teile dieser Bedingungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bedingungen hierdurch nicht berührt.
- 11.4. Gerichtsstand für alle Klagen sowie Leistungsort für die Pflichten des AG (insbesondere für dessen Zahlungen) ist ausschließlich der Geschäftssitz des AG.
- 11.5. Hinsichtlich aller Ansprüche und Rechte aus einer Bestellung/ einem Vertrag gilt das nicht vereinheitlichte Recht der Bundesrepublik Deutschland (BGB, HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausdrücklich ausgeschlossen.
- 11.6. Diese Bedingungen können durch zusätzliche Bedingungen ergänzt werden

---

<sup>1</sup> [http://www.verwaltungsvorschriften-im-inter-net.de/bsvwvbund\\_08112004\\_9132101701.htm](http://www.verwaltungsvorschriften-im-inter-net.de/bsvwvbund_08112004_9132101701.htm)

# VERARBEITUNG IHRER DATEN

## INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14 UND 21 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

### Datenschutzhinweise für Bieter und Lieferanten der EWN GmbH

Wir informieren Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre daraus entstehenden Ansprüche und Rechte gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in seiner ab dem 25. Mai 2018 gültigen Fassung.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den vereinbarten Dienstleistungen und Aufträgen sowie der jeweiligen Anfrage

#### Ihre Ansprechpartner zum Thema Datenverarbeitung

Verantwortlich ist die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (nachfolgend EWN GmbH genannt), Abteilung Einkauf  
Latzower Straße 1  
17509 Rubenow  
Tel.: 038354-48401  
E-Mail: [einkauf@ewn-gmbh.de](mailto:einkauf@ewn-gmbh.de)

#### Unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

E-Mail: [datenschutz@ewn-gmbh.de](mailto:datenschutz@ewn-gmbh.de)

#### Zweck der Datenverarbeitung

Im Folgenden erläutern wir wofür und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre Daten verarbeiten.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

a. Aufgrund Ihrer Einwilligung zur Datenverarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DS-GVO

Mit Einreichen Ihrer Anfrage- oder Angebotsunterlagen geben Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Daten im Rahmen des weiteren Abstimmungs-, Auswahl- und/oder Verhandlungsprozesses zur Gestaltung des Vertrages. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

b. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen gem. Art 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen bzw. zur Vertragsanbahnung, sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Unternehmens erforderlichen Tätigkeiten. Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können Sie den jeweiligen Vertragsunterlagen entnehmen.

c. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSGVO oder im öffentlichen Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO

Zudem unterliegen wir diversen rechtlichen Verpflichtungen, d.h. gesetzlichen Anforderungen (z. B. Handelsrecht, Steuergesetze, Vergaberecht etc.). Soweit diesbezüglich Daten verarbeitet werden, geschieht dies ausschließlich auf Grundlage von Vorschriften.

d. Im Rahmen der Interessenabwägung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GVO

Ihre Daten können für eine Interessensabwägung zur Wahrung berechtigter Interessen unsererseits



oder von Dritten verwendet werden. Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Dabei geht es in dem beschriebenen Anwendungsrahmen u. a. um

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. Verband der Vereine Creditreform e.V.) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts
- Anwendung zur Durchsetzung und Verteidigung rechtlicher Ansprüche und Interessen

### Erhebung Ihrer Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden bei der Einreichung einer Anfrage oder eines Kaufangebots zur weiteren Verarbeitung in unser elektronisches Beschaffungs- und Vergabesystem übertragen. Folgende Daten sind verpflichtend, da ohne sie keine wirksame Vertragsanbahnung bzw. -abwicklung durchgeführt werden kann.

- Name des Ansprechpartners
- Geschäftliche Kontaktdaten
- Im Bedarfsfall ggfs. Identifikations-, Adress- und/oder weitere personenbezogene Daten zum Nachweis leistungsbezogener fachlicher Qualifikation

### Nutzung Ihrer Daten

Die Nutzung Ihrer Daten erfolgt nur innerhalb der EWN GmbH. Daten werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Die Daten werden nur im Zusammenhang mit dem betreffenden Verfahren zur Vertragsverhandlung, -erarbeitung und -erfüllung durch die betreffenden Fachbereiche der EWN GmbH weiterverarbeitet. Sollte es für die Vertragsanbahnung bzw. -durchführung erforderlich sein, Daten an Dritte weiterzugeben, so werden diese zur Einhaltung der Vertraulichkeit gem. DS-GVO/BDSG verpflichtet. Im Rahmen der Interessenabwägung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GV können auch ausnahmsweise Daten an Dritte weitergegeben werden.

### Speicherung Ihrer Daten

Die Daten werden, soweit Sie elektronisch vorliegen, auf Servern innerhalb der EWN GmbH sowie

auf Servern, die ausnahmslos in Deutschland stehen, zur Verarbeitung zwischengespeichert. Daten in Papierform werden in den Räumlichkeiten der EWN GmbH aufbewahrt.

### Aufbewahrungsfrist

Nach Abschluss des Vertragsverhandlungs-, Erarbeitungs-, Entscheidungsprozesses und des Vertragsvollzugs werden Ihre Daten so lange gespeichert, wie sie für den angegebenen Zweck benötigt werden. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z. B. nach den §§ 195 BGB in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Sollten wir in besonderen Fällen Ihre Daten über diesen Zeitraum hinaus aufbewahren wollen, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder Kontakt zu Ihnen aufnehmen zu können, werden wir vorab selbstverständlich eine schriftliche Einverständniserklärung von Ihnen einholen.

### Widerspruchsrecht

Nach Art 21 DSGVO haben Sie in Bezug auf Daten, die auf Grundlage des Art. 6 Buchstabe f DSGVO erhoben wurden, jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen. Machen Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch, werden Ihre Daten nicht weiterverarbeitet, es sei denn, wir weisen zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nach, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten gegenüber überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung und Ausübung der Verteidigung von Rechtsansprüchen.

### Weitere Datenschutzrechte

Neben Ihrem Recht auf Widerspruch haben Sie gemäß den Bestimmungen der DSGVO ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO, § 34 BDSG) über Ihre personenbezogenen Daten sowie deren Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO, § 35 BDSG), Einschränkung in der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Übertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO, § 19 BDSG).

## Regelungen zu höherer Gewalt

1. Kann eine Partei aus Gründen höherer Gewalt ihre vertraglichen Verpflichtungen völlig oder teilweise nicht erfüllen, so muss sie dies der anderen Partei unverzüglich und unter Angabe der Umstände und – soweit erhältlich – Beifügung einer Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer mitteilen, wobei sie gleichzeitig diejenigen Verpflichtungen darlegen muss, die sie nicht oder nicht gehörig erfüllen kann, soweit ihr dies zu diesem Zeitpunkt möglich ist. Solange die betroffene Partei diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann sie sich nicht auf einen Fall höherer Gewalt stützen. Gleichzeitig bemüht sich die Partei, eine Schätzung der Dauer der Verspätung anzugeben.
2. Als höhere Gewalt gelten solche betriebsfremde, von außen einwirkende Umstände, die für den jeweiligen Vertragspartner und die von ihm beauftragten Unternehmer auch bei angemessener Sorgfalt unvorhersehbar und unbeeinflussbar sind sowie außerhalb des von der jeweiligen Partei übernommenen, vertragstypischen Risikos liegen und mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln und auch durch äußerste und nach Sachlage mit vernünftiger Weise zu erwartenden Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden können und auch nicht wegen ihrer Häufigkeit in Kauf zu nehmen sind. In jedem Fall kommen als höhere Gewalt nur solche Umstände in Betracht, die weder von dem einen, noch vom anderen Vertragspartner zu vertreten sind. Umstände höherer Gewalt können insbesondere sein: Krieg, innere Unruhen, Aufruhr, Revolution, Rebellion, Aufstand, Tumult, Ausschreitungen, Demonstrationen gegen das Projekt, Terrorakte, Blockade, Embargo, Regierungsanordnung, Sabotage, Explosion, Brand, Streik oder Arbeitsniederlegung einer Schlüsselgruppe, Aussperrung, Epidemie, Feuer, Überschwemmung, Sturmflut, andere Unwetter im Ausmaß einer Katastrophe, Erdbeben, Erdrutsch, Blitzschlag oder sonstige in ihren Auswirkungen ebenso bedeutsame und außergewöhnliche Ereignisse, soweit die Voraussetzungen nach Satz 1 und 2 vorliegen. Dies gilt auch für Eingreifen, verspätetes Tätigwerden oder Nicht-Tätigwerden von Behörden insbesondere der Zustimmungs- und zuständigen Aufsichtsbehörden (soweit dies nicht vom AN zu vertreten ist z.B. weil von dem AN für ein Zustimmungs- /Genehmigungsverfahren zu erstellende Unterlagen mangelhaft sind oder dem AG zu spät zur Verfügung gestellt werden) und Gerichten. Auf die in diesem Absatz definierte „höhere Gewalt“ können sich die Parteien nur dann berufen, wenn unerwartete, nicht zu beeinflussende äußere Umstände eintreten, die sie daran hindern, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Dies gilt explizit nicht für die bei Abgabe des Angebots bereits vorhersehbaren oder bekannten bzw. bereits eingetreten Folgen der Corona-Virus-CoVid-19-Pandemie.
3. Bei höherer Gewalt werden die Ausführungsfristen gem. § 5 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B verlängert. Die durch die Verlängerung infolge höherer Gewalt entstandenen Kosten und sonstigen Nachteile trägt jede Partei selbst.

Dauert eine Unterbrechung infolge höherer Gewalt länger als 3 Monate, so werden sich die Parteien bemühen, sich über die zu treffenden Maßnahmen und erforderliche Änderungen des Vertrages zu verständigen. § 5 Nr. 2 Abs. 2 VO<sub>L</sub>/B bleibt unberührt.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

04.12.2020

Verfahren: 2020001086052 - 200l-Fass mit verschraubtem Deckel

## SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	14 Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	200l-Fass mit verschraubtem Deckel	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.200,00	Stück		
	Aufgabenstellung / Leistungsbeschreibung siehe Anlage				..... pro 1,00 Stück	.....
	Liefertermine: je monatlich 120 Stück					
	<b>Lieferadresse / -Termine</b> 16831 Rheinsberg					

## ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____

Summe  
(brutto)

---

Ausschreibung

Verfahren: 2020001086052 - 200l-Fass mit verschraubtem Deckel

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet. (0)  
☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen. (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 2 Verfehlungen und Gewerbezentralregister [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Ich/ Wir erklären dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder 124 GWB vorliegen  
☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind  
☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt  
☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde

Mehrere Antworten wählbar

#### 3 Angaben zur Zahlung Steuern und Abgaben [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt habe/haben. Ein Nachweis ist mit dem Angebot abzugeben.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 4 Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/wir bin/sind gültig zertifiziert nach DIN EN ISO 9001. Ein Nachweis ist mit dem Angebot abzugeben.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 BAM-Anerkennung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die eine BAM-Anerkennung mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2 Anerkennung Qualitätssicherungsprogramms [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Anerkennung des Qualitätssicherungsprogramms für die Auslegung, Herstellung, Prüfung, Dokumentation, Wartung und Inspektion von prüfpflichtigen Verpackungen nach ADR / RID durch die zuständige Behörde (BAM-GGR-016) mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 3 Fremdüberwachungsvertrag oder Bestätigung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Fremdüberwachungsvertrag oder eine Bestätigung, dass ein Vertrag mit einer BAM anerkannten Stelle geschlossen wurde, mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 4 Einigungsbescheinigung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine Einigungsbescheinigung als IP-2- / IP-3- / Typ-A-Verpackung gemäß ADR / RID mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 5 Fertigungszeichnungen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir Fertigungszeichnungen mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 6 Stücklisten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir Stücklisten mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar



## 7 Datenblatt [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Datenblatt mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 8 Fertigungs- / Prüffolgeplan [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Fertigungs- / Prüffolgeplan mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 9 Nachweis Dekontaminationsfähigkeit [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Nachweis Dekontaminationsfähigkeit der Deckbeschichtung nach DIN 25415-1 (Kategorie „sehr gut“) mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 10 Nachweis der Temperaturbeständigkeit [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Nachweis der Temperaturbeständigkeit des Beschichtungssystems bis 120° C mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 11 "Stoffliste Konrad" [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ein Nachweis der Aufnahme/Bestätigung des Behältercodes in der "Stoffliste Konrad" der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit dem Angebot einreichen werden.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

External file attachments	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Aufgabenstellung-Leistungsbeschreibung.pdf	726,29 KB	pdf